



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Neupreußische Politik.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

ten Unrichtigkeit des Resultates die Methode einer neuen Prüfung unterziehen müsse, umso mehr, da man um ihrer Anwendung willen bisher alle natürlichen Gefühle der Menschheit habe verleugnen müssen.

Und so verhält es sich in der That. Jene Philosophen haben als eine Tugend des französischen Volks ausgegeben, was eine handgreifliche Schwäche war, nämlich die Neigung, das augenblicklich Zweckmäßige an Stelle des Sittlichen zu setzen; eine Schwäche, die sich sowol in den Helden des Absolutismus zeigt, als in dem Volke, das ihn sich gefallen ließ. Wenn wir Männer wie Ludwig XI. und Richelieu wegen ihrer Gewaltthaten loben und preisen, so verletzen wir damit nicht bloß unser natürliches Gefühl und unser Gewissen, sondern wir begehen auch einem Irrthum des Verstandes, denn wir schieben den Wirkungen falsche Ursachen unter und es ist um so zweckmäßiger, diesen wüsten Abstractionen einmal den gesunden Menschenverstand entgegenzuhalten, da sie von den Philosophen zu den Belletristen übergegangen sind, die nun wetteifern aus Richelieu und Seinesgleichen Helden und Halbgötter zu machen.

Was uns in jener Abhandlung noch weiter erfreut hat, ist die klar ausgesprochene Ansicht, daß der Protestantismus der innere Kern der freien bürgerlichen Staatsentwicklung sei, sowol nach seinem sittlichen Inhalt, als nach seiner religiösen Form. Wenn diese Ueberzeugung sich in Frankreich weiter verbreiten wird, so wird zwar keine confessionelle Umwandlung daraus hervorgehen, wol aber eine Richtung aller Kräfte auf einen Kampf gegen dasjenige, was wirklich zu bekämpfen ist.

Neupreußische Politik.

In den neuesten Verhandlungen der zweiten Kammer über die weitere Creditbewilligung tritt neben der sonderbaren Einleitung und dem beklagenswerthen Schluß vor allem die Rede des Ministerpräsidenten hervor. Herr von Manteuffel hat sich dies Mal ausführlicher ausgesprochen, als gewöhnlich, und so entschieden wir dem Inhalt nach auf Seite seiner Gegner treten, so können wir uns doch nicht erwehren, in Bezug auf die Form so manches in seiner Rede zu billigen und es unsern politischen Freunden als Richtschnur vorzuhalten. Zu unsern politischen Freunden im weiteren Sinne rechnen wir auch Herrn von Auerwald, dessen wahrhaft antediluvianische Anschauungen über das Verhältniß von König und Kammer uns mit Staunen und Verwunderung erfüllt hat. So herzlich gern wir das Verdienst der Männer, die zuerst im vereinigten Landtag die Sache des Liberalismus vertraten, anerkennen wollen, so müssen wir doch den Wunsch aussprechen, daß diejenigen, die noch ganz auf dem

damaligen Standpunkte stehen, sich allmählig vom Schauplatz zurückziehen möchten. Wir theilen ganz die Abneigung der rechten Seite gegen alle unnützen Adressen und theilen ganz und gar nicht die Ansicht des Herrn von Auerwald, daß es dem gemüthlichen Verhältniß zwischen Krone und Volk entspräche, wenn eine recht lebhaftes Correspondenz zwischen beiden Mächten eingeführt würde. Wir müssen vollkommen dem Ministerpräsidenten beipflichten, daß es der Würde der Kammer nicht ziemt, Monologe zu halten, und daß eine Opposition, die den Staat sittlich kräftigen wolle, sich klar und unumwunden aussprechen müsse. Die Form der Bitten und Beschwerden paßte für den vereinigten Landtag von 1847, aber sie paßt nicht mehr für die Kammern — oder für die Häuser, denn wir erinnern uns nicht genau, welcher von diesen Bezeichnungen man zuletzt den Vorzug gegeben hat.

Sehr richtig bemerkt Herr von Manteuffel, daß die preussischen Kammern wol schwerlich jemals die auswärtige Politik des Staats lenken würden. Dazu ist überhaupt die Kammer keines Staats berufen. Freilich ist damit noch nicht gesagt, daß das Volk und dessen Repräsentant, die Kammer, sich um die auswärtige Politik überhaupt nicht zu bekümmern habe. Ob das preussische Land durch die Politik seiner Regierung in Gefahr kommt, von den Franzosen, Deströchern u. s. w. verwüstet, geplündert, zerstückelt und unterdrückt zu werden, das ist eine Frage, welche das preussische Volk bedeutend mehr interessieren muß, als die Frage, ob die Runkelrüben Schutzzölle verlangen oder nicht.

Das preussische Heer hat über diese Fragen keine Stimme abzugeben, sondern es soll, muß und wird dahin gehen, wohin sein Souverän es schickt. Dagegen ist den Landesvertretern durch die Form der Verfassung selbst die Art und Weise vorgezeichnet, wie sie die Sympathien des Landes zur Geltung zu bringen haben.

Ein unzweifelhaft-anerkanntes Recht der Kammer ist es, neue Auflagen und Anleihen zu bewilligen oder zu verwerfen. Sie kann dabei entweder den Maßstab anwenden, ob der bestimmte Zweck der Ausgabe ihr angemessen erscheint oder nicht, oder wo sie darüber kein Urtheil hat, muß sie die Wahrscheinlichkeitsrechnung, d. h. die bisherige Erfahrung von dem Charakter der Männer, denen sie ihr Vertrauen schenken soll, in Anwendung bringen. Nun hat der Chef des auswärtigen Amtes erklärt, über die Art und Weise, wie er den geforderten Credit anwenden will, keine Auskunft geben zu können. Wenn nun seine bisherige Politik von der Art war, daß sie die Verwendung der Gelder in dem Sinne, wie sie der Nutzen des Staats erfordert, unwahrscheinlich macht, so blieb denjenigen Kammermitgliedern, welche dieser Ueberzeugung waren, nichts übrig, als den Credit zu verweigern. Wenn sie zur weitern Information des Staatsoberhauptes oder auch zu ihrer eignen Rechtfertigung vor dem Lande noch in irgendeiner Form eine Motivirung dieses

Beschlusses folgen ließ, so war dagegen nichts einzuwenden, keinesfalls aber hatte ein solcher Act eine staatsrechtliche Bedeutung. In dieser Beziehung sind wir also mit dem Ministerpräsidenten vollkommen einverstanden.

Nun findet man zwar alle möglichen Gründe, einen vermittelnden Weg zu beschönigen, z. B. man hofft die Majorität zu gewinnen. Wenn so etwas gelingt, so kann man weiter darüber sprechen, aber das Mißlingen, welches man noch dazu ziemlich leicht voraussehen konnte, ist in solchen Fällen zugleich die absolute Verurtheilung einer Politik der Umstände und Intriguen.

Wir halten es für nöthig, diese dem Anschein nach abgethane Sache noch einmal hervorzuheben, weil ein großer Theil der Opposition noch immerfort den Umständen Rechnung trägt, um den officiellen Ausdruck zu gebrauchen, weil er bei jedem Beschluß sich fragt: was werden für Folgen daraus hervorgehen? Unter gewissen Umständen hat diese Transactionspolitik ihre Berechtigung, nicht jetzt, wo der Conflict der verschiedenen Ansichten eine vollkommen greifbare Gestalt gewonnen hat und wo es sich darum handelt, seine eigne Verantwortlichkeit vor dem Lande und vor seinem Gewissen zu decken. Man fragt immer: was wird daraus entstehen, wenn z. B. die Kammer eine von der Regierung geforderte Anleihe verwerfen? Der vereinigte Landtag von 1847 war noch nicht so staatsmännisch, er verwarf ohne weiteres die meisten der von der Regierung geforderten Bewilligungen; was die Regierung in Folge dessen thun wird, das geht die Kammer nichts an, dafür hat sie keine Verantwortung zu tragen, das muß sie der Regierung überlassen. Auf verfassungsmäßigem Wege kann nichts Anderes daraus hervorgehen, als die Auflösung dieser Kammer und die Einberufung einer neuen.

Wenn die Opposition der preussischen Kammer die Popularität im Lande, die sie zum Theil ohne ihre Schuld eingebüßt, wiedergewinnen will, so kann sie das nur, wenn sie ihre Abstimmungen lediglich nach Pflicht und Gewissen einrichtet und die staatsmännischen Bedenken den Staatsmännern von Profession überläßt. Sie kann in ihren Ueberzeugungen irren, denn welcher Sterbliche wollte die absolute Wahrheit für sich in Anspruch nehmen, aber sie hat nach ihren Ueberzeugungen zu handeln und den Ausgang Gott zu überlassen. —

Noch einen Zwischenfall haben wir hier zu erwähnen, der in seiner Art in der Geschichte der Diplomatie vielleicht einzig dasteht.

Die Zeitungen berichteten, der preussische Bundestagsgesandte, Herr von Bismark-Schönhausen habe sich dahin ausgesprochen, daß die Verträge zwischen Oestreich und Preußen nicht allein gegen Rußland, sondern auch gegen die Westmächte gerichtet seien und daß ebendaraus die Nothwendigkeit hervorgehe, auch gegen Frankreich die Bundesfestungen zu armiren.

Nachdem darüber eine ziemliche Aufregung entstanden war, erklärt der Moniteur, die preussische Regierung habe ihren Gesandten desavouirt.

Die preussischen Correspondenzblätter geben dem Moniteur in der officiellsten Form ein Dementi; die preussische Regierung habe nicht nöthig gehabt, ihren Gesandten zu desavouiren, weil dieser nichts der Art gesagt habe.

Die officielle Wiener Zeitung theilt zwei Notizen der österreichischen Regierung mit, in denen direct erklärt wird, Herr von Bismark-Schönhausen habe jenes allerdings gesagt, zwar nicht in einer Sitzung des Bundestags, aber in einer geschäftlichen und amtlichen Verhandlung mit dem Bundespräsidialgesandten.

Nun denke man sich in die Lage eines französischen und englischen Staatsmannes! Wie wird er sich wol über diese Symptome deutscher Politik aussprechen?

Oestreich und Preußen.

Preußen als Großmacht und die Nondum meridies Politik beleuchtet von Franz Schuselka. — Anhang: Der Tod des Kaisers Nikolaus. Leipzig, C. Geibel. —

Die Broschüren zur Vertheidigung der preussischen Politik mit dem angegebenen Motto sind leider bekannt genug. In dem Kampf gegen die Sophismen derselben ist Herr Schuselka überall siegreich. Wir wollen indes auf diese Seite des Gegenstandes nicht eingehen, da wir unsrerseits schon mehrfach versucht haben, dieser Nondum meridies Politik ihr Recht widerfahren zu lassen und uns deshalb auf unsre frühern Hefte beziehen können. Die Zahl der wirklichen Anhänger dieser Politik ist überhaupt nicht groß. Auch die russenfreundliche Partei in Preußen schließt sich ihr nur insofern an, als sie wohl weiß, daß die weiteren nothwendigen Consequenzen derselben zu ganz andern Resultaten führen müssen, als ihre Vertreter ahnen. Indem sie absolute Neutralität predigen, wissen sie wohl, daß damit nur der erste Schritt zu einem Bündniß mit Rußland geschieht, und daß sie sich in dieser Hoffnung nicht täuschen, deutet unter andern eine preussische Correspondenz in einer der letzten Nummern des Dresdner Journals an. Es wird hier zum ersten Mal von officiöser Seite den Westmächten angedeutet, daß ein weiteres Drängen Preußen leicht in die russische Allianz treiben könne, die an und für sich gar nicht in den Absichten des preussischen Cabinets liege.

Wir wollen die Frage heute von einem allgemeinem Standpunkt auffassen. Es ist in lebhaft bewegten Zeiten natürlich, daß man in der Politik nur die augenblickliche Situation ins Auge faßt und seine Maßregeln durch die Umstände des Tages bestimmen läßt; nur ist es zweckmäßig, daß man von Zeit